

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Mag. Werner Kogler Freundinnen und Freunde

betreffend betreffend sozial und ökologisch gestaffelte Sofortmaßnahmen für Pendlerinnen und Pendler

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage (1066 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988 und die Reisegebührevorschrift 1955 geändert werden (1096 d.B.)

Die Regierungsvorlage (1066 d.B.) sieht die Geltendmachung der Erhöhung des PendlerInnenpauschales einerseits bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 2006 andererseits erstmalig für Lohnzahlungszeiträume, die nach 31.12.2005 enden vor. Damit kommt die Regelung erst 2007 zur Wirkung und ist für erst 2007 für die PendlerInnen spürbar. Hingegen zahlen PendlerInnen bereits in der Vergangenheit und 2005 bzw. 2006 höhere Preise für ihre Mobilität, ohne von dem Vorschlag der Bundesregierung zu profitieren.

Aus sozialen und ökologischen Gründen ist es unakzeptabel, die PendlerInnenpauschale weiterhin in der vorliegenden Form auszuschütten. Gerade die BewohnerInnen der strukturschwachen Gebiete im Burgenland und der Steiermark, speziell schlechter verdienende Frauen benötigen eine Soforthilfe. Deshalb müssen die vorgesehen Mittel früher und in sozial gerechterer Form zur Verfügung gestellt werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung stellt bereits in den Jahren 2005 und 2006 - sozial und ökologisch gestaffelt - zusätzliche Mittel für PendlerInnen zur Verfügung, beispielsweise zur Verbilligung der Zeitkarten öffentlicher Verkehrsmittel.

J. Ren- fulecke *W. Kogler* *G. Moser*
S. ... *M. ...*